



Freitag, 12. Dezember 1975

Blatt 3160

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:  
(rosa)

Wiener Gemeinderat

Dank des Gemeinderates für scheidenden  
Magistratsdirektor

Diskussion über Stephansplatz

Lokal:  
(orange)

Orden für verdiente Funktionäre des Kriegs-  
opferverbandes

Pensionistenfahrtscheine auch in Trafiken

Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche:  
Neue Verkehrsampeln

Ehrenring der Stadt Wien für Anna Freud

Steinerne Hochzeit in Penzing

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. von 10 bis 17 Uhr,  
So. 14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

12. dezember 1975

''rathaus-korrespondenz''

blatt 3161

k o m m u n a l :

=====

dank des gemeinderates fuer scheidenden magistratsdirektor

3 wien, 12.12. (rk) magistratsdirektor dr. rudolf e r t l  
tritt, wie berichtet, mit jahresende in den ruhestand. der wiener  
gemeinderat hat am donnerstag dem scheidenden magistratsdirektor  
auf antrag von personalstadtrat kurt h e l l e r aus diesem an-  
lass den dank des gemeinderates ausgesprochen. (pr)

0947

L o k a l :

=====

## ehrenring der stadt wien fuer anna freud

4 wien, 12.12. (rk) anna f r e u d , die tochter des begruenders der psychoanalyse sigmund freud, wird den ehrenring der stadt wien erhalten. der wiener gemeinderat beschloss am donnerstag diese hohe auszeichnung anlaesslich der vollendung des 80. lebensjahres der begruenderin der kinderpsychoanalyse. (pr)

0948

## steinerne hochzeit in penzing

5 wien, 12.12. (rk) das seltene fest der steinernen hochzeit feierte heute, freitag, das ehapaar heinrich und josefa u r b a n aus penzing, hickelgasse 15 - 17. heinrich urban, ein ehemaliger strassenbahner, wurde am 31. maerz 1883 in bukova, seine gattin josefa am 10. jaenner 1885 in wien geboren.

der penzinger bezirksvorsteher heinrich m u e l l e r stellte sich als gratulant ein und ueberbrachte ein ehrengeschenk der stadtverwaltung. (ka)

1100

Kommunal:Wiener Gemeinderat:Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke  
=====

12.12. (RK) Der Wiener Gemeinderat nahm Freitag die unterbrochene Sitzung mit der Debatte über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1976 auf.

Stadtrat Nekula (SPÖ) bezifferte als Berichterstatter den Gesamtverlust laut Wirtschaftsplan 1976 mit rund 980 Millionen Schilling.

Gegenüber 1974 - dem Jahr, aus dem die Abschlußziffern vorliegen, wird sich 1976 der Personalaufwand der Wiener Stadtwerke von 2.370 Millionen auf voraussichtlich 2.840 Millionen Schilling erhöhen. Dem Materialaufwand von 1.910 Millionen im Jahr 1974 steht ein solcher von voraussichtlich rund 2.800 Millionen Schilling im kommenden Jahr gegenüber. Auch die Aufwandzinsen, die 1974 noch 540 Millionen betragen haben, werden 1976 bereits auf 930 Millionen Schilling angewachsen sein.

Obwohl die Stadt Wien als Eigentümer der Wiener Stadtwerke selbst jährlich beträchtliche Lasten übernimmt - 1976 werden es rund 1.236 Millionen S in Form einer Kapitalaufstockung, der Pensionsentlastung und des Nahverkehrszuschusses sein - verbleibt im Finanzplan noch immer ein finanzielles Manko von rund drei Milliarden, das durch die Aufnahme von Fremdkapital in Höhe von 1,9 Milliarden nicht abgedeckt werden kann. Rund 1,1 Milliarden oder 30 Prozent müssen somit mangels anderer Deckungsmöglichkeiten im Investprogramm der Wiener Stadtwerke gesperrt werden.

Die auf die Elektrizitätswerke entfallende Investitionssperre von 762 Millionen Schilling würde den Inbetriebsetzungstermin des Kraftwerkblockes 1/2 in Simmering, der für 1978 vorgesehen ist, in Frage stellen. Auch der Einbau eines Abgaswärmetauschers im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau für das Fernwärmenetz der Heizbetriebe Wien wäre von dieser Sperre fast zur Gänze betroffen. Am stärksten aber würde sich die Sperre bei der Stromfortleitung und -verteilung auswirken, der rund 70 Prozent des beantragten Investitionsvolumens der E-Werke umfaßt. Über kurz oder lang müßten Mängel in der Stromversorgung erwartet werden.

Die auf die Gaswerke entfallende Sperre von rund 166 Millionen Schilling würde bedeuten, daß 56 Prozent der tatsächlich notwendigen Investitionen nicht durchführbar wären. Als Folge würde sich die Gefahr von Großstörungen besonders im Winter stark erhöhen. Der Weiterbau der Aderklaa-Donaustadt-Simmering-Leitung müßte um ein Jahr verschoben werden.

Die Wiener E-Werke haben auf Grund der Kostensteigerungen bei den Primärenergien gemeinsam mit allen anderen österreichischen Energieversorgungsunternehmen bei der Preisbehörde einen Antrag auf Tarifierhöhung eingebracht. Da das Preisverfahren noch läuft, ist es derzeit noch nicht möglich, entsprechende Anträge zu stellen, sagte Nekula.

Eine ähnliche Situation liegt beim Gaswerk vor. Auch hier wurde bei der Preisbehörde ein Antrag auf Tarifierhöhung eingebracht, über den noch nicht entschieden ist.

Obwohl es bereits weltweit als selbstverständlich hingenommen wird, daß kostendeckende Fahrpreise und damit ausgeglichene Wirtschaftsergebnisse im öffentlichen Nahverkehr nicht erzielbar sind, müssen die Wiener Verkehrsbetriebe regelmäßig Erfolgsrechnungen und Erfolgspläne vorlegen, die ihrer Struktur und Zielsetzung nach einseitig gewinnorientiert sind. Da die Kosten jeweils hoffnungslos davonlaufen und sich die Tarife meist nicht nach diesem Umstand richten dürfen, unterliegt die Ausweisung von Verlusten in diesen Rechnungswerken einer unabwendbaren Zwangsläufigkeit. Stadtrat Nekula sprach sich dafür aus, den von den Verkehrsbetrieben erbrachten gesellschaftlichen Nutzen ergänzend durch eine sogenannte Sozialbilanz darzustellen.

Bei der Wiener Straßenbahn stehen bei einem Stand von 866 Triebwagen und 781 Beiwagen noch immer 255 Holzfahrzeuge im Verkehr. Dazu kommen noch aus den ersten Nachkriegsjahren 55 Triebwagen und 72 Beiwagen, die in nächster Zeit schrittweise aus dem Verkehr genommen und ausgeschieden werden müssen. Die für 1980 vorgesehene gänzliche Umstellung auf den schaffnerlosen Betrieb erfordert den Umbau von 186 sechsachsigen Gelenkwagen.

Die Modernisierung der Straßenbahnen und Autobusse habe - so Nekula - bei gleichen Intervallen das Platzangebot um ein Drittel erhöht und damit auch eine Erhöhung des Komforts gebracht. Ab 1977 wird ein verbesserter Wagentyp - mit vierter Einstiegstufe - in Verkehr gesetzt. Ein neu konzipierter Doppeldeckerbus wird Ende 1976 in Betrieb gehen. Nachdem der erste Prototyp des City-Busses den Verkehrsbedürfnissen und den Auflagen der Aufsichtsbehörde nicht entsprochen hat, wurde von

der österreichischen Firma eine zweite O-Serie gebaut. Die ersten Fahrzeuge sollen Ende März 1976 geliefert und vorerst auf den innerstädtischen Linien 2 und 3 eingesetzt werden. (We)

Rien ne vas plus - nichts geht mehr - könnte der Wahlspruch für die Entwicklung bei den Wiener Stadtwerken sein, erklärte Dkfm. Bauer, (FPÖ). Die Wiener Stadtwerke sind in einem Tarif- und Anleihenkarussell, bei dem es nur mehr eine Frage der Zeit ist, bis dieses Karussell zusammenbricht. Es fehlen für 1976 3,021 Milliarden Schilling. In Wirklichkeit sind es aber, rechnet man die Leistungen der Stadt Wien in der Höhe von 1,236 Milliarden Schilling dazu, 4,257 Milliarden Schilling. Dieser Fehlbetrag ist bei einer Bilanzsumme von 9,370 Milliarden wahrlich eine erstaunliche unternehmerische Leistung, stellte Bauer fest.

Bedrohlich sind die steigenden Verbindlichkeiten, Waren es 1973 1 Milliarde Schilling, 1974 1,2 Milliarden, 1975 1,5 Milliarden, werden es 1976 1,9 Milliarden sein, die an Anleihen und Krediten aufgenommen werden. Das ist nur mehr eine "Loch auf und Loch zu" machen Politik. 1974 hatten die Stadtwerke daher bereits Verbindlichkeiten in der Höhe von 9,5 Milliarden und 1975 werden es sicherlich mehr als 10 Milliarden sein. Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, daß das Unternehmen nicht mehr in der Lage sein wird, für diese Verbindlichkeiten die Zinsen und Tilgungsverpflichtungen zu tragen.

Letzte unternehmerische Weisheit, so Bauer, ist die Einschränkung der Leistungen und Investitionen. Trotz der hohen Zuwendungen der Stadt Wien will man 1976 bei den Investitionen rund 1,2 Milliarden Schilling sperren. Um diese Sperren zu verringern, sieht man als letzten Ausweg wiederum nur eine Tarifierhöhung. Nach den überaus hohen Erhöhungen heuer droht das gleiche Tarifunwetter im Jahre 1976.

Trotz hoher Subventionen der Stadt Wien und trotz steigenden Anleihen und Kreditaufnahmen gewaltige Tarifierhöhungen und drohende Leistungseinschränkungen - das ist ein untragbarer Zustand. Die FPÖ wird daher dem Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke nicht zustimmen, erklärte Bauer abschließend. (Sei)

Konzeptlosigkeit und das Warten auf Wunder warf GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) der Stadtverwaltung im Bezug auf die Situation der Stadtwerke vor. Im kommenden Jahr wird das Defizit bereits 1 Milliarde ausmachen. Insgesamt ist ein Fehlbetrag von 3 Milliarden festzustellen. Dazu kommt, daß 38 Prozent aller notwendigen Investitionen gesperrt werden sollen. Wenn die Hoheitsverwaltung durch Übernahme der Pensionslasten, durch Kapitalaufstockungen und Zuschüsse mehr als 1,2 Milliarden den Stadt-

werken zukommen läßt, so ist das durchaus nicht gönnerhaft, denn eine Gegenrechnung beweist, daß die Stadtwerke rund 1,7 Milliarden an Gebrauchsabgaben und Beiträgen zu Zinsendiensten und Anleihentilgungen zurückzahlen. Der Verschuldungsgrad steigt daher jährlich, es werden nur mehr Schulden gemacht, um fällige Schulden zu bezahlen. Die Investitionssperre aber greift bereits echt die Substanz der Betriebe an, so daß Versorgungsschwierigkeiten und Beeinträchtigungen der Sicherheit zu befürchten sind, Schuld an dieser Situation sind ein gestörtes Verhältnis der Sozialisten zur Zukunft und auf der finanziellen Seite falsche Konzepte, falsche Prioritäten. Die Sozialisten haben die Zunahme der Motorisierung unterschätzt, den U-Bahnbau viel zu spät begonnen. Überhaupt wird dem Nahverkehr zu wenig Priorität zugestanden. Die Bundesregierung hat noch nie so viel versprochen und nie so wenig an Hilfestellung getan. Die Hoheitsverwaltung läßt die Stadtwerke im Stich.

GR. Ammann ging auf die Situation der Teilbetriebe ein und erklärte, daß deren tatsächliche Verschuldung verschleiert wird. Er brachte daher den Antrag ein, daß den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses VIII die Rechnungsabschlüsse bzw. entsprechende Unterlagen der Teilunternehmungen vorgelegt werden. Ein zweiter Antrag soll die Beratung eines Gesamtkonzeptes im Rahmen eines gemeinsamen Unterausschusses der Ausschüsse für Finanzen und Städtische Unternehmen bewirken. Unter anderem soll ein Generalverkehrsplan unter Berücksichtigung des vorgesehenen Verkehrsverbundes erstellt werden. Weitere Punkte des Antrags: Festlegung einer mittelfristigen Energiepolitik auf Basis der "Grundlagen für ein Energiekonzept"; Aufstellung eines mittelfristigen Investitions- und Finanzierungskonzeptes; Aufstellung eines Attraktivitätsprogramms für den öffentlichen Nahverkehr; Aufstellung eines Forderungskatalogs an die Bundesregierung zur Unterstützung des Nahverkehrs. (Smo)

GR. Pöder (SPÖ) wies die ÖVP-Kritik an der Unternehmenspolitik der Stadtwerke als nicht konstruktiv zurück. Die ÖVP habe es in den letzten Jahren stets abgelehnt, Mitverantwortung zu übernehmen, so habe sie auch die letzte Tarifregelung der Wiener Verkehrsbetriebe abgelehnt, die neben Umschichtungen auch eine wesentliche Verbesserung des Leistungsangebotes gebracht habe, das von der Bevölkerung bald gerne akzeptiert worden sei.

Pöder wies auf die ungeheuer gewachsenen Aufgaben der Stadtverwaltung hin, die Leistungs-, Förderungs- und Ordnungsfunktionen umfassen. Mit diesem Zuwachs an Aufgaben habe die Einnahmenentwicklung nicht Schritt halten können. Diese Entwicklung sei global zu beobachten. So könne kein städtischer Verkehrsbetrieb in Europa kostendeckend arbeiten.

Im kommenden Jahr müßten die Stadtwerke bei der Stromerzeugung eine vierprozentige Leistungssteigerung und bei der Gaslieferung eine sechsprozentige Leistungssteigerung erbringen, während die Zahl der Beförderungen durch die Verkehrsbetriebe geringfügig sinken werde.

Mit den derzeitigen Tarifen werde man auf die Dauer nicht das Auslangen finden können, denn einer Leistung müsse auch ein angemessener Preis gegenüberstehen. Die Stadtwerke bräuchten angemessene Einnahmen, um ihre Unternehmungen im Interesse der Bevölkerung führen und entsprechende Investitionen vornehmen zu können. Eine solche Entwicklung würde auch für die Wiener Wirtschaft sehr nachteilige Folgen haben.

Die Stadtwerke hätten stets verantwortungsbewußte Tarifpolitik betrieben, immer sei bei Tarifregelungen auch die Überlegung maßgebend gewesen, das Leistungsangebot zu verbessern. Ein Vergleich der Straßenbahnpreise und der Mindestpensionen von 1946 bis 1975 beweise, daß letztere in einem ungleich höheren Ausmaß gestiegen seien. So konnte sich ein Bezieher einer Mindestpension 1946 theoretisch 80 Fahrscheine, 1956 255 und 1975 380 (beziehungsweise sogar 672 Pensionistenfahrscheine) kaufen.

Beim Personalaufwand der Stadtwerke werden fast 1.500 systematisierte Dienstposten eingespart. Daraus ergeben sich große Mehrbelastungen für die Bediensteten. Da im Wirtschaftsplan für eine Bezugserhöhung nicht vorgesorgt sei, werde es Aufgabe des Gemeinderates sein, rechtzeitig einen Nachtragskredit zu beschließen, denn die Bediensteten der Stadtwerke dürften nicht schlechter behandelt werden als alle anderen öffentlich Bediensteten. Pöder kündigte an, daß im neuen Personalvertretungsrecht der Versuch unternommen werden soll, den Bediensteten der Stadtwerke auch in wirtschaftlichen Belangen ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen. (ger)

GR. Ing. Kreiner (ÖVP) verwies auf die von seiner Fraktion im Juni 1975 eingebrachten Anträge, betreffend die Abstimmung der Fahrpläne von Straßenbahn und Autobuslinien, den Vorverkauf von Straßenbahnfahrtscheinen an den Schaltern der Österreichischen Bundesbahnen und den Einsatz von Linientaxis.

Der Fahrplanabstimmung sei, entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten, zugestimmt worden. Den Vorverkauf bei Bahnschaltern habe man unter Hinweis auf entsprechende Mehrkosten abgelehnt, desgleichen den Einsatz von Linientaxis, nachdem Verhandlungen mit den Interessenvertretern der Mietfuhrwerker kein Ergebnis gezeitigt hätten. Ing. Kreiner stellte demgegenüber fest, daß seitens der Verkehrsbetriebe keine Verhandlungen mit der Taxiinnung - wie aus einem Brief hervorgeht - geführt worden sind.

Der Debattenredner schloß seinen Beitrag mit einem Appell an Finanzstadtrat Mayr, durch eine Budgetumschichtung den Verkehrsbetrieben aus dem finanziellen Debakel herauszuhelfen. (we)

Wiens Stromerzeugung ist vor allem auf Öl und Erdgas angewiesen, während die Verbundgesellschaft auf billige Wasserkraft zurückgreifen kann. Dies wirkt sich natürlich in Wien auf die Preise aus, stellte GR. Hirsch (SPÖ) fest. Das Ausmaß der Preissteigerung berücksichtigt nur die Steigerungen auf dem Weltmarkt.

Das Wiener Energiekonzept ist eine Pionierleistung, die auch international Anerkennung findet. Es ist gelungen, Prognose und Bedarf längerfristig in Einklang zu bringen. Als Beispiele für energiesichernde Investitionen führte Hirsch das Gasturbinenwerk Leopoldau mit einer Spitzenleistung von 100 Megawatt und die zweite Stufe des Kraftwerkes Donaustadt mit einer Leistung von 150 Megawatt an. Die Opposition kann nur krank jammern, während die Wiener Stadtwerke zur vollsten Zufriedenheit aller Wiener arbeiten, erklärte der Redner abschließend.

Auch Stadtrat Nekula (SPÖ) hob in seinem Schlußwort die Leistungen der Wiener Stadtwerke hervor. Als der Stromverbrauch heuer wegen der warmen Witterung zurückblieb, wurde schon von einer Überkapazität gesprochen. Am 25. November dieses Jahres hat es um 11 Uhr nachts mit 954 Megawatt jedoch die höchste Verbrauchsspitze seit Bestehen der Wiener Stadtwerke gegeben. Diese Situation konnte gut bewältigt werden, und es zeigte sich, daß sicherlich keine Überkapazitäten vor-

handen sind. 24 Jahre lang trug die ÖVP die Verantwortung für die Wiener Stadtwerke. Das Erbe bei der Amtsübernahme vor sechs Jahren waren fünf Milliarden Schulden. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es keine Untersuchungen über eine Rationalisierung der Verkehrsbetriebe, gab es bei den Stadtwerken kein energiewirtschaftliches Referat, und Grundlagen für ein Energiekonzept waren nicht einmal vorhanden.

Wie man bei steigendem Zinsendienst, bei steigenden Personal- und Materialkosten und bei gleichen Einnahmen ausgeglichen bilanzieren kann, das kann man auch auf einer Wirtschaftsuniversität nicht lösen. Die Tarife werden nur in dem Ausmaß erhöht, wie auch für die Wiener Stadtwerke Mehrkosten anfallen, erklärte Nekula.

Wiens Vorverkaufsnetz ist mit 1.750 Vorverkaufsstellen in den Trafiken und mit 80 in den betriebseigenen Anlagen das größte der Welt. Über einen Vorverkauf außerhalb Wiens wird gegenwärtig verhandelt.

Die City-Bus-Linie ist wegen Lieferverzögerungen noch nicht eingerichtet. Das erzeugende Unternehmen sagte eine Lieferung bis Dezember 1975 zu, teilte jedoch mit, daß die Lieferung erst ab März 1976 erfolgen wird.

Die Tarifregulierung und Umstrukturierung vom 1. Jänner 1975 wurde von der Bevölkerung gut angenommen. Für 1975 nahm der Wirtschaftsplan 405 Millionen Beförderungsfälle an. Voraussichtlich werden aber 440 Millionen Fahrgäste die Straßenbahn im Jahr 1975 benützt haben. Es wäre notwendig, neben einer Leistungs- auch eine Sozialbilanz zu erstellen. Während in den letzten 15 Jahren für den Individualverkehr, und zwar für den Ankauf von Pkws und für den Straßenbau, rund 250 Milliarden ausgegeben wurden, gab man im gleichen Zeitraum für den öffentlichen Nahverkehr nur rund 50 Milliarden S aus. Mehr als ein Viertel unseres Handelsbilanzdefizits geht allein auf den Ankauf von Pkws und der damit verbundenen Importe (Öl, etc.) zurück.

Abstimmung: Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die zwei ÖVP-Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. (sei)

Abschlußrede des Bürgermeisters

Vor Schluß der Sitzung des Wiener Gemeinderates über die Budgetberatungen übermittelte Bürgermeister Leopold Gratz in einer kurzen Ansprache Dank und Glückwünsche für die Feiertage und das neue Jahr. Er sprach allen Mitarbeitern und Bediensteten, insbesondere jenen, die - abweichend von der Arbeitszeitverkürzung - rund um die Uhr während der Feiertage tätig sein werden, den herzlichsten Dank aus. Er dankte den Berichterstattern der Zeitungen für ihre Tätigkeit, unabhängig ob kritisch oder zustimmend über die Beratungen berichtet wurde. Und er dankte den Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Tätigkeit, die sie - einmalig in Österreich - in einer gesetzgeberischen und vollziehenden Körperschaft zugleich zu leisten haben. Besondere Glückwünsche aber gelten den Wienerinnen und Wienern für ein friedliches Weihnachtsfest und ein glückliches Jahr 1976 in unserer Heimatstadt Wien. (smo)

Ende des Sitzungsberichtes

k o m m u n a l :

=====

## diskussion ueber stephansplatz

13 wien, 12.12. (rk) freitag tagte im wiener rathaus zum ersten mal das diskussionsforu<sup>m</sup>, das auf anregung von buergermeister leopold g r a t z gebildet wurde, um die kuenftige gestaltung des stephansplatzes zu behandeln. stadtrat ing. fritz h o f m a n n konnte unter anderem vertreter der erzdioezese, des bundesdenkmalamtes, des city-vereins und der oesterreichischen sektion der internationalen kunstkritikervereinigung, die mit der platzgestaltung befassten architekten und bildhauer sowie die verantwortlichen mitarbeiter des magistrats mit stadtbaudirektor dipl.-ing anton s e d a an der spitze begruessen.

nach einer eingehenden information ueber die voraussetzungen und den derzeitigen stand der planung wurden vor allem der u-bahnabgang vor dem dom und die gestaltung des bodens diskutiert. uebereinstimmend wurde festgestellt, dass ein abgang in einem haus wuensenswert waere. die in frage kommenden eigentuemer sind jedoch entweder ueberhaupt nicht zu verhandlungen bereit oder stellen unerfuellbare forderungen. eine enteignungsmoeglichkeit gibt es nicht. mit nachdruck wurde seitens der stadtverwaltung festgestellt, dass die abgaenge auf dem stephansplatz keinesfalls ueberbaut werden, sondern dass beheizbare treppen und rolltreppen vorgesehen sind. die abgaenge sollen lediglich mit einer 80 cm hohen mauer abgeschirmt werden.

uebereinstimmung bestand auch darueber, dass die bodengestaltung im hinblick auf den dom erfolgen soll. (sti)

L o k a l :

=====

verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

neue verkehrssampeln

7 wien, 12.12. (rk) in der kommenden woche werden zwei neue verkehrslightsignalanlagen in betrieb genommen: am montag, dem 15. dezember, an der kreuzung breitenfurter strasse - kirchfeldgasse an der grenze von 12. und 23. bezirk und am mittwoch, dem 17. dezember, an der kreuzung hietzinger hauptstrasse - sankt veit-gasse im 13. bezirk. am freitag, dem 19. dezember, wird an der kreuzung hernalser hauptstrasse - wattgasse im 17. bezirk die vollstaendig umgebaute verkehrslightsignalanlage in betrieb genommen, die eigene fussaengersignale sowie eine linksabbiegephase von der hernalser hauptstrasse in die wattgasse aufweist. (ger)

die linzer strasse wird ab kommenden montag, den 15. dezember, zwischen guldengasse und hochsatzengasse wegen gleisbauarbeiten fuer den autoverkehr gesperrt. die strassenbahnlinie 52 verkehrt weiterhin ungehindert, die autofahrer muessen oertliche umleitungen benuetzen. die arbeiten werden voraussichtlich bis mittwoch, den 17. dezember, dauern. (hs)

1212

L o k a l :

=====

orden fuer verdiente funktionaere des kriegsopferverbandes

14 wien, 12.12. (rk) im roten salon des wiener rathauses wurden freitag zahlreiche funktionaere der zentralorganisation der kriegsopferverbaende oesterreichs mit der verleihung von verdienstzeichen des landes wien geehrt. landeshauptmann-stellvertreter hubert p f o c h ueberreichte dem praesidenten der organisation, bundesrat a. d. friedrich k a r r e r , sowie dreizehn weiteren funktionaeren die ehrenzeichen. (smo)

1350

pensionistenfahrtscheine auch in trafikken

15 wien, 12.12. (rk) ein zusatz-service bietet stadtwerkstadtrat franz n e k u l a ab 1. jaenner kommenden jahres den wiener pensionisten: in rund 1700 trafikken werden mit beginn des neuen jahres neben den anderen fahrausweisen auch pensionistenfahrtscheine aufgelegt werden.

stadtrat nekula zur "rathaus-korrespondenz": "mit diesem entgegenkommen der wiener verkehrsbetriebe haben nun die bezieher von ausgleichszulagen die moeglichkeit, nicht nur in den vorverkaufsstellen der verkehrsbetriebe, sondern auch praktisch in jeder trafik pensionistenfahrtscheine zu 3.50 schilling zu kaufen."

bereits ende september hatte nekula dieses zusatz-service fuer die pensionisten angekuendigt, nun wird es realisiert. (karp)

1359